



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Klingen, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

Haushaltsplan 2021;

**hier: Planstellen VII – Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 03 18 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2021 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 03 18 Tit. 422 01 wird der Ansatz von 1.495.221,1 Tsd. Euro um 30.000,0 Tsd. Euro auf 1.525.221,1 Tsd. Euro erhöht.

Von den zusätzlichen Mitteln werden neue Planstellen geschaffen.

Der Stellenplan wird entsprechend angepasst.

Die Deckung erfolgt aus den in Kap. 03 13 Tit. 633 01 eingesparten Mitteln.

Begründung:

Angesichts der gestiegenen Zuwanderung in den vergangenen Jahren auf derzeit etwa 1,8 Mio. Asylbewerber und der zu erwartenden Zunahme an Kriminalität besonders in den Bereichen sexueller Nötigung/Vergewaltigung, sexueller Selbstbestimmung, Diebstahl oder Körperverletzung ist eine Erhöhung der Stellenzahl bei der Landespolizei dringend erforderlich.